

**Kurzvortrag von Dr. Sebastian Harnisch, Professor, Institut für Politische
Wissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg,
Landauer Akademiegesprächen, 19.November 2014.**

FRIEDENSPROJEKT EUROPA IN DER KRISE?

Anrede [es gilt das gesproche Wort],

vielen Dank für ihre Einladung, zum Thema ‚Friedensprojekt Europa in der Krise?‘ zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich darf meinen Ausführungen voraus schicken, dass ich mich besonders auch auf die Diskussion mit Ihnen und Frau Bundesministerin a.D. Wieczorek-Zeul freue. Eine informierte öffentliche Debatte über das Friedensprojekt Europa braucht es meines Erachtens derzeit dringlich, wenn jene befriedende Wirkung der Europäischen Union, die auf der Zustimmung ihrer Bürger beruht, wenn diese Zustimmung wiedergewonnen werden soll.

Sie merken es schon, im Folgenden werde ich das „Friedensprojekt Europa“ in einem doppelten Sinne verwenden: Europa ist ein Friedensprojekt nach innen, zwischen den Gesellschaften und Nationalstaaten. Und Europa ist Friedensprojekt nach außen, gegenüber anderen, der Ukraine und Russland, aber natürlich nicht nur diesen. Beide Friedensprojekte sind in der Krise und beide Krisen hängen auch miteinander zusammen. So hat bspw. die Krise in der Eurozone, die Fähigkeit und Bereitschaft Dritten zu helfen in der EU reduziert, weil nationale Haushalte zur Konsolidierung gezwungen werden. Die Krise hat aber auch das Vertrauen in Europa, die Attraktivität des europäischen Modells geschmälert und dies nicht nur, weil die VR China Entwicklungshilfezusagen ohne lästige Bedingungen macht.

Ich betrachte im Folgenden drei Krisen des Friedensprojektes Europas, zwei äußere und eine innere Krise. Lassen Sie mich vorausschicken, dass ich Krisen als politische Situation mit hoher Ungewissheit, einem erheblichen Risiko für Schäden, aber eben auch, bei kluger Politik, der Chance auf Besserung verstehe. Krisen unterscheiden sich also nicht nur in Dauer und möglicher Betroffenheit, sondern auch in den Chancen der Abwendung von Schäden, z. B. einer möglichen weiteren Teilung der Ukraine.

Die interne Vertrauenskrise des Friedensprojektes Europa

Ich beginne mit der ersten, der internen Krise der Europäischen Union. Sie ist im Wesentlichen eine langfristige Vertrauenskrise in die Politikfähigkeit der EU, die insbesondere durch die Eurozonenkrise verstärkt wurde. Die Eurokrise wurde ausgelöst durch das nachlassende Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Griechenlands, dann aber schnell auch weiterer südlicher Eurozonenstaaten. 2011 eskalierte diese Krise rasch, weil zwei Vertrauenskrisen ineinandergriffen: der Vertrauensverlust der Märkte in die Rückzahlungsfähigkeit der Peripheriestaaten und der Vertrauensverlust der Eurozonenstaaten untereinander, ob denn ihre Statistiken stimmen und vor allem, ob ihre Reformzusagen tatsächlich innerstaatlich auch eingehalten würden.

Die Eurokrise hatte schwerwiegende Folgen, drei will ich hier nennen: Erstens haben die Krisenanpassungsprogramme die soziale Frage in vielen Mitgliedstaaten so verschärft, dass rechtspopulistische, anti-europäische und offen nationalistische Parteien Zulauf gewannen. Diese Kräfte müssen unterschiedlich betrachtet und im Hinblick auf mögliche Risiken bewertet werden. Nehmen wir die UKIP und ihre Wirkung auf die britische Konservative Partei, dann müssen wir konstatieren, dass ein Austritt Großbritanniens (der BREXIT) möglicher, aber noch nicht wahrscheinlicher geworden ist. Zweitens haben die

Krisenreaktionen, insbesondere die starke deutsche Führung, das Misstrauen in vielen südeuropäischen Gesellschaften geweckt, Deutschland könne nach Dominanz, dauerhafter Beherrschung, streben. Drittens hat das beherzte Eingreifen der Europäischen Zentralbank möglicherweise die engen Grenzen ihres vertraglichen Mandates überschritten; es ist daher möglich, dass eine der anhängigen Beschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Eurozonenrettung Erfolg hat, mit potentiell gravierenden Folgen für das friedliche Zusammenleben in Europa: offene Fremdenfeindlichkeit, historisch und national aufgeladene Konfliktlinien und ein spätes Scheitern der Eurorettung schmälern die Attraktivität der EU.

Das externe Versagen des Friedensprojektes Europa

Die zweite Krise geht auf eine Stärke des europäischen Friedensprojektes zurück: die EU als Wertegemeinschaft. Werte, als wünschenswerte Zukünfte, entfalten in zwei Fällen eine paradoxe, ja eine zersetzende Wirkung: zum einen, wenn diese immer postuliert, aber selten eingehalten oder wenn Wertkonflikte stetig verschwiegen werden. Aus meiner Sicht hat die europäische Flüchtlingspolitik, insbesondere aber die Grenzsicherungspolitik, diese erodierende Wirkung, weil mit jedem ertrunkenen Flüchtling auch der universalistische Anspruch europäischer Werte stirbt.

Gravierender noch ist aber vielleicht der Fluch der guten Tat, d.h. wenn gut gemeintes Handeln, weil es auf Umstände trifft, die nicht bedacht wurden, sich ins Gegenteil verkehrt. Das ist m. E. die Tragödie der von Frankreich angeführten westlichen Intervention in Libyen, die auf einen militärisch-unterstützten Regimewechsel abzielte, de facto aber den Bürgerkrieg in Libyen maßgeblich befeuert hat. Heute ist Libyen ein Kadaver von einem Gemeinwesen, indem marodierende Clans regieren und westliche Diplomaten und

Geschäftsleute regelmäßig als Einnahmequelle oder Zielpersonen dienen. Niemand spricht heute offen über eine Responsibility to rebuild, eine Verantwortung der Interventionsgemeinschaft diese Gesellschaft wieder aufzubauen. In Libyen ist fast nichts gut!

Das Friedensprojekt Europa in der Ukraine Krise

Lassen Sie mich abschließend auf das Friedensprojekt Europa in der Ukraine-Krise zu sprechen kommen. Will man die Chancen und Risiken der Union in diesem Konflikt vermessen, dann muss man m. E. mindestens drei Faktoren berücksichtigen: 1) der Herrschaftsanspruch der heutigen russischen Führung ist mit dem der Sowjetunion weder zeitlich, territorial noch politisch zu vergleichen: m. E. ist es deshalb fahrlässig von einem neuen Kalten Krieg zu sprechen; solche medienwirksame Rhetorik verstellt den Blick für die Realität; 2) ob die EU befriedend wirken kann, hängt ganz wesentlich von den Politiken der ukrainischen Eliten ab. Diese Eliten und ihre Politiken sind aber weder eindeutig demokratisch orientiert, noch immer einig, noch handeln sie immer zielführend, vielmehr tragen sie selbst häufig durch unbedachte Aktionen zur Eskalation bei und 3) da die osteuropäischen EU-Staaten eine abweichende historische Bedrohungswahrnehmung haben, kann das EU-Verhalten nach außen zu einer Spaltung im Innern führen. Die EU muss deshalb im Verbund mit der NATO glaubwürdige Rückversicherungen für diese Staaten abgeben, damit die EU-Reaktion auf die Ukraine-Krise nicht zum Spaltpilz für die Europäische Union als Friedensprojekt nach innen wirkt.

Lassen Sie mich abschließend zunächst auf die positiven Aspekte des EU-Verhaltens in der Krise kommen: zum einen ist m. E. klar ersichtlich, dass die EU bei der Beilegung des Gaslieferstreits von überragender Bedeutung gewesen ist. Ohne die EU und ihre Ausfallbürgschaften und Überbrückungskredite wäre

es in diesem Winter in der Ukraine kalt geblieben. Sofern Russland sich an die Abmachungen hält, und davon gehe ich aus, hat die EU damit das offensichtliche Versagen der ukrainischen Eliten, die Schulden des Landes zu tragen, geschultert. Sie hat damit einen wichtigen, aber nicht den wichtigsten Konfliktgegenstand beruhigt.

Zweitens hat die EU, insbesondere aber einige ihrer Mitgliedstaaten, den Verhandlungskontakt zu Russland aufrechterhalten und damit auch die Minsker Vereinbarung über eine Waffenruhe mit ermöglicht. Schließlich hat die Union die Regierung des Landes unter Präsident Poroschenko mit stabilisiert, indem sie immer wieder das ökonomische Überleben der ukrainischen Zentralregierung ermöglicht hat. Zudem lässt sich konstatieren, dass die drei Sanktionsrunden der EU und USA die wirtschaftlichen Kosten einer weitergehenden expansiven Politik für Russland erhöht haben. Die EU hat zwar keinen Frieden gebracht, aber geholfen den Konflikt in wichtigen Bereichen zu regulieren. Das ist nicht befriedigend, aber es ist nicht nichts!

Ich will hier auch ganz klar sagen: weder die NATO noch die EU haben die russische Führung zu irgendetwas provoziert oder gezwungen, sondern jeder eskalatorische Schritt liegt in der eigenen Verantwortung Russlands. Gleichwohl trägt die Europäische Union eine Mitverantwortung an der Eskalation der Krise, denn weder die ukrainische Bevölkerung, aber noch viel weniger sind sich die ukrainischen Eliten über die westliche oder östliche Ausrichtung ihres Landes einig. Vielmehr wird die außenpolitische Orientierung des Landes regelmäßig von ihren politischen Eliten dafür genutzt, den innenpolitischen Herrschaftsanspruch zu sichern. In einer solchen Situation war das Angebot der EU ein Assoziierungsabkommen zu schließen, ein Angebot zur Spaltung des Landes. Ich meine nicht, dass sich die EU-Eliten dieser potentiellen Entwicklung bewusst waren, sondern sie haben möglicherweise gehofft, die Ukraine können sich wie

durch einen Magneten angezogen „europäisieren“. Ich glaube aber, dass diese Hoffnung unbegründet war und ist, denn viele der östlichen und südlichen Landesteile mögen zwar den Wohlstand EU-Europas verlockend finden, ihre kulturelle, religiöse und soziale Orientierung weist aber in eine andere Richtung. So sehe ich auch nicht, dass die jetzige oder vorherige ukrainische Führung ein plausibles Lösungsangebot, eine Föderalisierung, angeboten hätte, die der Gespaltenheit ihres Landes entspräche.

Zum Schluss: Sollte die EU den Anschluss der Krim an Russland anerkennen, wie Herr Platzeck es suggeriert hat, sollte sie irredentistische Bewegungen in anderen Landesteilen der Ukraine dulden und deren Anschluss an Russland akzeptieren: Nein! Wenn sich morgen die Saarländer entschieden, sie wollten lieber Frankreich angehören, dann gäbe es zwei Optionen: entweder sie gehen und das Territorium bliebe deutsch oder die Bundesrepublik stimmte zu.

Sie merken schon worauf ich hinaus möchte: Es gibt bessere und schlechtere Ideen und Demokratien sind nach wie vor die besten Ideenmärkte, weil frei über die Güte der Ideen gestritten werden darf, sodass nach Debatte und Abwägung der Argumente meist eine ganz tragfähige Politik herauskommt. Passiert dies nicht, wird nicht hart gestritten, gibt es einen medialen Herdentrieb, der manche Argumente von vornherein verbietet, dann können Demokratien auch kolossale Fehlentscheidungen treffen, wie im Irak oder in Libyen. Lassen Sie uns also trefflich diskutieren und auch streiten, auf das diese Diskussion die Politik besser macht oder zumindest unser Politikverständnis verbessert.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!
